

328/A(E) XXI.GP
Eingelangt am: 24.11.2000

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
betreffend Ausgliederung der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchungen und
- kontrolle

Die häufigen Schlagzeilen über Rinderwahn, Hormone, Antibiotika, Gentechnik oder sonstiger Chemie in der Nahrung verunsichern die Konsumentinnen und Konsumenten in zunehmenden Ausmaß. Die Skandale am Lebensmittelsektor scheinen nicht mehr abzureißen. Der Lebensmittelkontrolle kommt daher eine immer größere Bedeutung zu. Doch für die politisch Verantwortlichen ist dieses Problem einmal mehr ein unbequemes Thema. Obwohl der Aufgabenbereich für die Lebensmittelkontrolle immer umfangreicher und komplexer wird, erfolgen keine weiteren Investitionen im Bereich der Lebensmittelkontrolle; im Gegenteil: Einsparungen waren und sind die Folge. So läuft die österreichische amtliche Lebensmittelüberwachung, die bis vor kurzem im europäischen Durchschnitt sicherlich im Spitzenfeld zu finden war, Gefahr diesen Status zu verlieren. Seit nunmehr 70 Jahren (!) wird ein Neubau oder eine räumliche Erweiterung der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und - forschung gefordert (Festschrift PP Die häufigen Schlagzeilen über Rinderwahn, Hormone, Antibiotika, Gentechnik oder sonstiger Chemie in der Nahrung verunsichern die Konsumentinnen und Konsumenten in zunehmenden Ausmaß. Die Skandale am Lebensmittelsektor scheinen nicht mehr abzureißen. Der Lebensmittelkontrolle kommt daher eine immer größere Bedeutung zu. Doch für die politisch Verantwortlichen ist dieses Problem einmal mehr ein unbequemes Thema. Obwohl der Aufgabenbereich für die Lebensmittelkontrolle immer umfangreicher und komplexer wird, erfolgen keine weiteren Investitionen im Bereich der Lebensmittelkontrolle; im Gegenteil: Einsparungen waren und sind die Folge. So läuft die österreichische amtliche Lebensmittelüberwachung, die bis vor kurzem im europäischen Durchschnitt sicherlich im Spitzenfeld zu finden war, Gefahr diesen Status zu verlieren.

Seit nunmehr 70 Jahren (!) wird ein Neubau oder eine räumliche Erweiterung der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und - forschung gefordert (Festschrift 1930).

Die Kürzung der Ressortmittel um 15% führte dieses Jahr zu einer Nullrunde bei der Gerätebeschaffung. Früher standen rund 16 Millionen für alle Bundesanstalten in den Ländern zur Verfügung, nächstes Jahr werden es 8 Millionen sein.

„Es vergeht auch kaum ein Jahr, ohne dass Österreich in dem einen oder anderen Punkt von der Europäischen Kommission 'eingeladen' wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, d.h. mehr als bisher zu tun, namentlich im Bereich der Überwachung auf Kontaminanten und Rückstände“.

BA für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Jahresbericht 1999, Seite 18

Denn zusätzliche Investitionen sind unausweichlich! Dies betrifft die Aufstockung des Personals, neue Ausbildungsprogramme (Spezialisierungen) sowie für neue Kontrolleinrichtungen. Auch sollte daran gedacht werden, so wie in Deutschland ein Lebensmittel - Monitoring einzuführen, das allfällig erforderliche

1930). Die Kürzung der Ressortmittel um 15% führte dieses Jahr zu einer Nullrunde bei der Gerätebeschaffung. Früher standen rund 16 Millionen für alte Bundesanstalten in den Ländern zur Verfügung.

„Es vergeht auch kaum ein Jahr, ohne dass Österreich in dem einen oder anderen Punkt von der Europäischen Kommission eingeladen wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, d.h. mehr als bisher zu tun, namentlich im Bereich der Überwachung auf Kontaminanten und Rückstände“.

BA für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Jahresbericht 1999, Seite 18

Denn zusätzliche Investitionen sind unausweichlich! Dies betrifft die Aufstockung des Personals, neue Ausbildungsprogramme (Spezialisierungen) sowie für neue Kontrolleinrichtungen. Auch sollte daran gedacht werden, so wie in Deutschland ein Lebensmittel - Monitoring einzuführen, das allfällig erforderliche Schwerpunkt - setzungen aufzeigen könnte. Eine Ausweitung der Kontrolldichte und der Kontrollfrequenz ist zum Schutz der KonsumentInnen unumgänglich, da durch die Teilnahme am Binnenmarkt immer mehr und neue Produkte auf den Markt gelangen. Aus diesem Grund sollte vor allem auch die Informationstätigkeit der amtlichen Lebensmittelüberwachung massiv ausgebaut werden.

Will man also das Kontrollniveau in Österreich aufrechterhalten bzw. verbessern, muss in Zukunft mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Für diese Maßnahmen bedarf es erheblicher finanzieller Mittel.

Wie jedoch aus einer Anfrage der Grünen hervorgeht, sinkt der Personalstand der staatlichen Lebensmitteluntersuchungsanstalten kontinuierlich. Allein von 1992 bis 1998 sank der Personalstand von 249 Bediensteten auf 232.

„Die Verbesserung der Personalsituation im Frühjahr 1998 - Aufnahme einer Molekularbiologin und eines HTL - Biochemikers mit befristeten Dienstverträgen - verschlechterte sich wieder schlagartig im Frühjahr 1999. beide bestens eingeschulte, vollwertig einsetzbare und äußerst motivierte Mitarbeiter mussten die Bundesanstalt aufgrund des Auslaufens der Dienstverträge wieder verlassen. Dies in einer Zeit der noch abzuschließenden bzw. schon wieder anlaufenden Aktionen! Als Folge mussten aus Kapazitätsgründen 28 Proben aus dem Vorjahr storniert werden. Auch die Ausarbeitung von Verfahren zur Quantifizierung von GVÖ - Anteilen mit dem Real - Time PCR - System „TaqMan „, das der Molekularbiologin anvertraut worden war, musste eingestellt werden“.
Tätigkeitsbericht 1999 des BALUF Wien, Seite 109

Ebenso reduzierten sich die aufgewendeten finanziellen Mittel des Bundes für die Lebensmittelkontrolle im Zeitraum 1994 - 1997 von 188 Mio. Ös auf 176 Mio ÖS. Generell ist festzuhalten, dass diese Beträge für die neuen und künftigen Aufgaben der Lebensmittelkontrolle viel zu gering sind. Eine massive Aufstockung der Mittel für die Kontrolle von Lebensmitteln ist unerlässlich.

Dementsprechend weniger Probennahmen wurden in den letzten Jahren in Österreich vorgenommen. Während 1985 über 52.000 Proben gezogen wurden, waren es 1993 noch 47.501 und 1998 nur mehr 43.115. Der Rückgang der Probennahmen von 1993 auf 1998 beträgt rund 9%.

Zudem wird jetzt auch noch daran gedacht, die Lebensmitteluntersuchungsanstalten auszugliedern, was einen ersten Schritt zur Privatisierung bedeutet. Unseren Informationen nach würde dies zu keiner Kostenreduktion führen, sondern vor allem die unabhängige und qualitativ hochstehende österreichische Lebensmittelkontrolle stark beeinträchtigen. Globalbudgets und private Auftragsnahme führen zu

Interessenskonflikten und gefährden die Unabhängigkeit. Automatisierte Untersuchungsreihen reduzieren die umfassende analytische Auswertung der Proben. Vor allem sieht es die EU als unabdingbar an, die Lebensmittelkontrolle in staatlichen und behördlichen Institutionen zu verankern. Zu diesem Ergebnis kam auch der Bericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 97, der sich dezidiert gegen eine Ausgliederung der amtlichen Lebensmittelkontrolle aussprach.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine Schritte in Richtung Ausgliederung der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung und -kontrolle zu setzen, sondern für eine Reform der amtlichen Lebensmitteluntersuchung und -kontrolle zu sorgen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuß vorgeschlagen.